

Der Arbeiterbewegung in der bürgerlichen Gesellschaft¹

I. Die deutschen Arbeiterbewegungen und ihre Historiographie am Ende des 20. Jahrhunderts

Es ist schwierig geworden, über Stand und Standort der Arbeiterbewegungs-Historiographie gegen Ende des 20. Jahrhunderts zu resümieren. Die Schwierigkeit liegt nicht darin, einen historiographischen Überblick zur Entwicklung der Geschichtsschreibung über Arbeiter und Arbeiterbewegung zu vermitteln; jedermann weiß, daß darin, nach einem Jahrhundert der Vernachlässigung und Ignoranz, in den letzten zwei, drei Jahrzehnten sowohl, was die Verfeinerung der Methoden angeht, als auch im Hinblick auf die Abdeckung einzelner Erkenntnisfelder durch solide empirische Studien große, zum Teil großartige Erfolge erzielt worden sind. Es fällt auch nicht schwer zu konstatieren, daß die Öffnung der Arbeiterbewegungs-Historiographie hin zu sozialgeschichtlichen Fragestellungen mehr war als der Nachvollzug einer überfälligen methodischen Öffnung. Die Geschichtsschreibung über Arbeiter und Arbeiterbewegungen in Deutschland hat vielmehr, auch in der Aufnahme außerdeutscher Anregungen, ein Eingangstor gebildet, mittels dessen sich die allgemeine Sozialgeschichte im überkommenen Spektrum der deutschen Geschichtswissenschaft Platz verschuf, sich ausbreitete und institutionell verankerte. Keine Fakultät, kein außeruniversitäres Forschungsinstitut, das heute nicht darauf achten würde, in seiner personellen Besetzung auch sozialgeschichtliche Kompetenz vertreten zu sehen. Im Zuge dieser Entwicklung kam ein subtileres Methodenbewußtsein auf, und es ist in der historiographischen Debatte selbstverständlich geworden, die Gegenwartsbindung historischer Urteile zu reflektieren. Das galt in der älteren Historiographie nur in eingeschränktem Maß und jedenfalls in anderer Weise, und so hat, versteht man die Arbeiterbewegungs-Historiographie als Eingangstor zur Sozialgeschichte, dieses Forschungsfeld Dienste erfüllt, die der ganzen Disziplin zugute gekommen sind, die, so wird man sagen können, das neuerliche internationale Ansehen der deutschen Geschichtswissenschaft zumindest mitbegründet haben. Läßt man die großen Forschungskontroversen seit der Fischer-Debatte, etwa die Auseinandersetzung um den deut-

¹ Der Vortrag wurde am 15.12.1995 während eines „Workshops“ der Historischen Kommission der SPD in Bonn gehalten und fand dort vor allem wegen der Integration der Arbeiterbewegungen in die Entwicklungsgeschichte der bürgerlichen Gesellschaften viel Kritik. Gänzlich andere Fassungen habe ich in verschiedenen universitären Kolloquien zur Diskussion gestellt (so vor allem in Bielefeld im „Kolloquium zur modernen Sozialgeschichte“, an den Universitäten Kiel/Prof. K. H. Pohl, Hannover/Prof. A. von Saldern und Lund, Schweden/Prof. L. Olsson, schließlich im Sommersemester 1996 am Institut zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung). Die hier gedruckte Fassung fußt im wesentlichen auf dem ursprünglichen Text. Ich habe nur ganz unentbehrliche Hinweise in den Fußnoten angefügt.

schen Sonderweg, den alltagsgeschichtlichen Trend und auch den Historikerstreit im Sinne einer Ortszuweisung des Nationalsozialismus in der deutschen Geschichte, jüngst dann die linguistische oder kulturalistische Wende, Revue passieren, so kann man sagen, daß die Sozialgeschichte, und immer wieder auch mit dem Bezugspunkt „Arbeiter und Arbeiterbewegungen“, darin eine prominente, ja, gelegentlich entscheidende Rolle gespielt hat.

Wieso also von Schwierigkeiten reden, wenn es Erfolge zu feiern gibt? Natürlich würde der Eindruck der Erfolge geschmälert, wollte man sich dem Forschungsgebiet im einzelnen zuwenden - hier ließen sich Defizite zum Teil erstaunlichen Ausmaßes, Vernachlässigungen, insuffiziente Teilerkenntnisse und manches andere konstatieren, aber um solche Forschungskritik en détail soll es hier nicht gehen. Die Schwierigkeiten liegen nicht in der insuffizienten Abdeckung einzelner Forschungsfelder im Gesamtbereich „Arbeiter und Arbeiterbewegung“ begründet. Auf einer eher psychologischen Ebene des Selbstbildes der gegenwärtigen deutschen Historiographie könnte man allenfalls zumal bei denjenigen, die der Arbeiterbewegung in ihren jeweiligen Lebensentwürfen eben nicht so sehr zugetan sind, eine gewisse Erschöpfung über die Fülle der Themen, die Publikationsvielfalt und die gedanklichen Finessen dieses Forschungszweiges feststellen. Manche Kollegen haben auch einen Rückgang des studentischen Interesses an entsprechenden Lehrveranstaltungen und Promotionen beklagt - diesen Eindruck teile ich grundsätzlich nicht, wenn auch einzuräumen ist, daß etwa die Geschlechtergeschichte einen großen Teil des weiblichen Nachwuchses zeitweilig absorbiert hat. Ob den neuen Themen, der DDR-Historiographie und dem Diktaturenvergleich etwa, vor allem aber der Geschichte seit 1945, eine ähnliche Funktion zukommen wird, muß noch dahingestellt bleiben. Jedenfalls ist die große Forschungskontroverse darüber noch nicht in Sicht, und es sind doch solche Kontroversen, die stets nach allen Seiten höchst anregend wirken.

Worin also liegen die Schwierigkeiten? Ich meine, sie in vier Punkten, einer innerwissenschaftlichen Entwicklung und drei nicht primär wissenschaftsinduzierten Einflüssen, identifizieren zu können:

Die Sozialgeschichtsschreibung selbst hat, erstens, bemerkenswerte und insgesamt die Bedeutung des Ansatzes unterstreichende Entwicklungen durchlaufen. Man kann diese Entwicklungen als Diversifikation der Forschungsinteressen unter Inkaufnahme je eigener, verselbständigter Forschungswege beschreiben. Nachdem die Frage nach der Arbeiterbewegung fundamental zur Frage nach den Arbeitern geöffnet worden war, trat zunächst, noch in den 1970er Jahren, die ganze Vielfalt der Unterschichten-Existenzen in den Vordergrund des historischen Interesses. In dem Maße, in dem die an sich hierzu erkenntnisleitend umgeschlossene Organisations-, Programm- und Politikgeschichte der Arbeiterbewegungen in den Hintergrund trat, rückten Einzelaspekte der Arbeiterexistenz und, später dann, Grenzprobleme, Fragen der Inklusion und Exklusion, in den Vordergrund. Mit der Veröffentli-

chung eines bemerkenswerten Aufsatzes zur Geschichte des Arbeiterwohnens im Archiv für Sozialgeschichte 1976 begann, beispielsweise, eine breite, nun mit einem Buch von Adelheid von Saldern hin ins 20. Jahrhundert geöffnete Historiographie zur Geschichte des Arbeiterwohnens, des Werkswohnungsbaus, des genossenschaftlichen Wohnungsbaus bis hin zur Neuen Heimat, der Wohnungsarchitekturen, der mit den Wohnumständen verbundenen Existenzweisen.² Das berührte sich mit anderen Subdisziplinen, die ebenfalls belebt wurden und in der Begegnung Vielfalt gewannen, also mit der Urbanisierungsgeschichte, der allgemeinen Bevölkerungsgeschichte. Ähnliches ließe sich konstatieren für den recht kurzen Weg von der Geschichte der Arbeiterfrau und der Frau als Arbeiterin hin zur modernen Geschlechtergeschichte. Die Öffnung der Bewegungsgeschichte von den Arbeiterkulturorganisationen hin zu einem breiten Begriff der Arbeiterkultur hat bekanntlich die Arbeitergeschichte zum Ausgangspunkt von neuerer Kulturforschung insgesamt, auch zur Erkenntnis von Eigensinn und Fremdheit in der Blickrichtung historischer Forschung gebracht.³ So geriet das ursprüngliche Deutungsziel einer zur Arbeitergeschichte geöffneten Arbeiterbewegungsgeschichte, nämlich: die genaue Untersuchung der, um mit Helga Grebing zu sprechen, „Prozesse der Organisierung“,⁴ aus dem Blick; andere wichtige Deutungsziele des ursprünglichen Ansatzes, darunter etwa die sozialgeschichtlichen Dimensionen der Flügelbildung in der politischen Arbeiterbewegung, wurden gar nicht recht angegangen oder gerieten allzufrüh auf Seitenwege, wie sich das in der heute zumeist schon vergessenen These von der „anderen Arbeiterbewegung“ dokumentiert hat.⁵ Deshalb mußte sich letztlich die sozialgeschichtliche Diversifikation des Forschungsfeldes beinahe im Verlust des ursprünglichen Deutungsziels auswirken. Man kann nur dagegenhalten, muß fordern, daß in einer Sozialgeschichte der Arbeiterbewegungen notwendig Organisation und Politik prominenten Raum einnehmen. Die Verwaschung des Deutungsziels hat vielleicht auch zu den schon benannten Erschöpfungserscheinungen beigetragen. Diese dürften überdies durch jenes Phlegma mitbestimmt sein, das überhaupt in der Geschichtswissenschaft verdeckt, aber nachdrücklich wirkt: Geschichtswissenschaft ist, wenn man so will, aufstiegsorientiert; sie widmet den neuen Erscheinungen größere Aufmerksamkeit als dem Ende oder Versiegen solcher Erscheinungen, weil das Neue, Bewegende interessanter erscheint als das Alte, Vergessene. So wird verständlich, daß die Zeit bis 1914 ganz im Vordergrund gestanden hat, ab-

² Lutz Niethammer/Franz-Josef Brüggemeier, Wie wohnten die Arbeiter im Kaiserreich?, in: Archiv für Sozialgeschichte 16 (1976), S. 61-134; Adelheid von Saldern, Häuserleben. Zur Geschichte städtischen Arbeiterwohnens vom Kaiserreich bis heute, Bonn 1995.

³ Alf Lüdtke (Hg.), Alltagsgeschichte. Zur Rekonstruktion historischer Erfahrungen und Lebensweisen, Frankfurt a. M./New York 1989; ders., Eigen-Sinn. Fabrikalltag, Arbeitererfahrungen und Politik vom Kaiserreich bis in den Faschismus, Hamburg 1993.

⁴ Helga Grebing, Sozialer Wandel, Konflikt und gewerkschaftliche Organisation, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 15 (1979), S. 226-235.

⁵ Karl-Heinz Roth, Die andere Arbeiterbewegung und die Entwicklung der kapitalistischen Repression von 1880 bis zur Gegenwart, München 1974; Eckhard Brockhaus, Zusammensetzung und Neustrukturierung der Arbeiterklasse vor dem ersten Weltkrieg. Zur Krise der professionellen Arbeiterbewegung, München 1975.

gesehen von der nationalsozialistischen Zeit, auch in Vermeidung der erkenntnisstörenden politischen Rupturen des 20. Jahrhunderts. Für das immerhin halbe Jahrhundert nach 1945 gilt entsprechend, daß zwar wohl die Wiederaufbauzeit der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegungen historiographisch „bedient“ worden ist, daß aber, ganz gewiß auch quellenbedingt, die folgenden Jahrzehnte politikwissenschaftlich, nicht hingegen historiographisch erobert worden sind. Darin liegt meines Erachtens eine sehr eindeutige Aufgabe für die Zukunft. Dabei müßte eine Verschiebung der Forschungsinteressen auf das 20. Jahrhundert - ich komme darauf zurück - mit einer genauen Überprüfung des begrifflichen Instrumentariums einhergehen, daß bisher ganz überwiegend an den Forschungserfahrungen über das „lange“ 19. Jahrhundert geschult worden ist.

Eine weitere Beobachtung läßt sich anfügen. Diejenigen Autoren der Arbeiterbewegungshistoriographie und der Sozialgeschichte der Arbeiter, die von den späten 60er bis zu den frühen 80er Jahren ihre Lebenskarrieren mit einer einschlägigen Studie im Dissertationsformat begannen, schlugen, wenn sie der Geschichtswissenschaft verbunden blieben, fortan - mit wenigen Ausnahmen - andere Wege ein. Das hängt sicher mit den fachtypisch erwarteten Qualifizierungen (Habilitation) zusammen, aber es spiegelt doch auch die eben erwähnten Diversifikationen und die weiter unten noch zu erwähnenden sozialen und politischen Umfelder, in denen geschichtswissenschaftliche Forschung geschieht. Außerdem entstehen dort, wo solche Protagonisten des Forschungsfeldes Professuren eroberten, nach wie vor wichtige Schülerarbeiten über Arbeiter und Arbeiterbewegung, auch wenn sich die Lehrer längst in anderen Sphären tummeln. Nicht jeder hat den Weg in die Verinnerlichung seiner Karriere mit der These vom Scheitern der Arbeiterbewegung verbunden.⁶

Das Befinden der Erschöpfung ist, zweitens, durch den Verlust des konventionellen Feindbildes der Nachkriegszeit nicht eben eingedämmt worden. Ganz allgemein hat die Existenz politischer Systeme, die sich aus den Traditionen der sozialistischen Arbeiterbewegung legitimierten, einen permanenten Deutungsappell verfügbar gehalten, der in den deutsch-deutschen Auseinandersetzungen kulminierte. Man kann, weitergehend, aus dem Verlust der kommunistischen Herausforderung und der korrespondierenden Blutzufuhr für die Grundkonfiguration der bürgerlichen Gesellschaft Einbußen im Legitimationspotential des Sozialstaats ableiten. Die defensive Schräglage, in die insofern die moderne politische Arbeiterbewegung, wenn man von einer solchen weiterhin sprechen will, geraten ist, läßt sich nur schwer verdecken. Jedenfalls aber ist beispielsweise dem Interesse an der DDR-Historiographie mit dem Schwinden der bürgerlichen Legitimationsoffensive ein politischer Impetus von vornherein entzogen worden; ein großer Teil dieses Interesses ist heute deshalb „aufarbeitungsbedingt“, im Sinne einer uns längst gut bekannten Vergangenheitsbewältigung, weniger jedoch, oder besser: noch nicht verstehenskonzentriert, auf die verstehende

⁶ Erhard Lucas, Vom Scheitern der deutschen Arbeiterbewegung, Basel/Frankfurt a. M. 1983.

Bearbeitung innerer Prozesse der Staatsbildung und Staatserhaltung in der DDR bezogen. Gerade in diesem Punkt sollte Arbeiterbewegungs-Historiographie künftig ihr Aufklärungspotential dem Skandalon einer mißverständenden Zeitgeschichte entgegensetzen, die Affären aufdecken will statt Gewordenes zu erklären. Ein Weiteres: Versteht man Geschichtswissenschaft als ein Organ nachvollziehender Sinndeutung, so stellt, das ist im letzten Jahrfünft zur Genüge betont worden, das Ende der DDR unsere Zunft vor eine außerordentliche Aufgabe. Es kommt eine Besonderheit der deutschen Zeitgeschichte hinzu: Zum zweiten Mal nun sind Quellen direkt im Anschluß an die politischen Ereignisse verfügbar geworden. Es mangelt jüngst nicht an Reflexionen über den Ort der Zeitgeschichte, aber dieser simple Umstand, der das Rationalitätspotential solcher Zeitgeschichte im deutschen Fall doch bemerkenswert erhöht, wird darin wenig beachtet.

Außerwissenschaftlich begründete Erschöpfung des Interesses im Forschungsfeld Arbeiterbewegung war, drittens, auch in einer Weise politisch verursacht, die zunächst nichts mit dem Niedergang der osteuropäischen Regime zu tun hatte, mit anderen Worten: Diese Erschöpfung setzte schon vor 1990 ein. Das lag zum einen an der, im demokratischen Kräftefeld und über den demokratischen Verfassungskonsens, notwendigen Mediatisierung der politischen Arbeiterbewegung zur Volkspartei, zum anderen, damit eng verbunden, in der damit, vor dem Hintergrund der deutschen Traditionen, viel stärker herausgebildeten arbeitsteiligen Rolle von Sozialdemokratie und Gewerkschaften. Ganz anders als früher, als es Konflikte zwischen beiden Großgruppen selbstverständlich ebenfalls gab, traten diese nun, und das war ein Kernproblem der sozialliberalen Koalition, in politisch auszutragende Spannungsbeziehungen zueinander. Die großartige, aber altvergangene Geschlossenheit der deutschen Arbeiterbewegung war unter demokratischen Verfassungsbedingungen notwendig dahin. Methodisch gesehen, hieß dies für die Arbeiterbewegungs-Historiographie aber auch, daß der Deutungsanspruch, der in der Verbindung von Arbeiter- und Bewegungsgeschichte gelegen hatte, für die Zeit nach 1945 nur noch sehr eingeschränkt, und zwar am ehesten für die Gewerkschaftsgeschichte, Geltung beanspruchen konnte. Es war nun ganz anders, eher politikwissenschaftlich zu operieren, und überhaupt verspricht ja sozialgeschichtliche Deutung in der Aufstiegsphase größeren Erfolg als in der Maturitäts- und Mediatisierungsphase der politischen Arbeiterbewegung. Das hängt mit deutschen Zuständen zusammen, auf die ich zurückkommen möchte.

Und schließlich hat darin ein vierter Komplex maßgeblich eingewirkt: Das sind die jüngeren struktur-, sozial- und kommunikationsgeschichtlichen Entwicklungen der Industriegesellschaften - ich vermeide den Ausdruck „postindustriell“ oder was immer sich sonst aufdrängt. Wir brauchen hier keine Zahlen, jedermann wird übereinstimmen: Die Arbeiterexistenz ist nicht mehr gesellschaftskonstitutiv, wie sie es noch bis in 1950er Jahre gewesen war, sie ist hochgradig relativiert, und es ist bemerkenswert, daß sich die Sozialgeschichte von der Arbeitergeschichte nicht zu einer Arbeitnehmergegeschichte hat durchbringen können.

Denn tatsächlich ist ja die selbständige Existenzweise im endgültigen Vollzug der Industriegesellschaft, insofern schau man auf die Bauern, seit den 1950er Jahren noch einmal sehr erheblich zurückgegangen. Die moderne Industriegesellschaft hat ein unendliches Relativierungspotential entfaltet. Eine ihrer größten Herausforderungen, die schwerindustrielle Arbeiterexistenz um Kohle und Stahl, gehört fast der Vergangenheit an; Maschinenbau und Metallarbeiter machen, zusammen mit wenigen weiteren Berufen, heute das Zentrum der Gewerkschaftsbewegung, aber jedenfalls nicht im selben Maße der politischen Bewegung aus. Die Klassenlagen der Arbeitnehmer im Weberschen Sinn sind dem kollektiven Bewußtsein nicht mehr zu vermitteln, geschweige denn die politische Möglichkeit einer Klasse für sich. Emanzipation in den Dimensionen der Menschenrechte scheint erlangt, soziale Sicherheit für die mehrheitsfähigen zwei Drittel der Gesellschaft ebenfalls, der politische Impetus der Emanzipation lahmt also, und das Bewußtsein seiner Traditionen versiegt. Arbeit hat immens an Bedeutung verloren, und die an sich arbeitsabhängige Existenzform hat sich unter den Dienstleistungsangeboten einer Wohlstandsgesellschaft gleichermaßen verwischt, so daß heute in den Sozialwissenschaften Kulturen und Lebensstile in höherem Maße für gruppenkonstitutiv gehalten werden als klassenbezogene Kategorien. Man könnte für offen halten, ob das so bleiben muß, aber Rückfälle haben die westlichen Gesellschaften bisher jedenfalls nicht erlebt; die englischen Wahlen könnten demnächst aber neue Aufschlüsse geben. Jedenfalls korrespondiert die soziale Rolle der Arbeiter in der Gesellschaft mit der politischen Rolle einer durch Arbeiter definierten Sozialdemokratie, die deshalb längst schon Legitimierungen außerhalb der Arbeiterexistenz gesucht hat.

II. Der langwierige Ausgang des Feudalismus

Die Historiographie zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung wird nach den Grunderfahrungen von 1989/90 andere Schwerpunkte und Akzente setzen müssen und andere Bewertungen vornehmen.⁷ Das gilt im Großen wie im Detail, und es soll im folgenden an einem grundsätzlichen Deutungsproblem gezeigt werden. Dabei geht es darum, Wege einer epochenübergreifenden Interpretation der Geschichte der Arbeiterbewegung im 20. Jahrhundert zu weisen. Zunächst zu einigen langfristigen Perspektiven der Interpretation:

Daß sich in Deutschland bis 1914 eine in den Massen beeindruckend verwurzelte und organisierte Arbeiterbewegung entwickelt hatte und daß sie während der folgenden vier, fünf Jahrzehnte von der Kraft ihrer Traditionen zehrte, aber auch unter deren Last ächzte, muß heute mehr denn bisher als eine Konsequenz des langwierigen Ausgangs aus dem europäi-

⁷ Gerhard A. Ritter, *Der Umbruch von 1989/91 und die Geschichtswissenschaft*, München 1995 (=Sitzungsberichte der Bayer. Akademie der Wissenschaften 1995/5).

schen Feudalismus⁸ verstanden werden. Eine der westlichen Konfiguration entsprechende, „normale“ Existenz und Bedeutung von Gewerkschaften und Sozialdemokratie im Kräftegefüge der bürgerlichen Gesellschaft zeichnet sich für die Bundesrepublik erst seit 1949, insgesamt jedoch erst seit 1990 ab. Die Grundkonfiguration „bürgerliche Gesellschaft“ ist in der Bundesrepublik wohl noch nicht 1949 vollständig konsensfähig gewesen, sie ist es aber im Verlauf ihrer glücklich beschirmten Entwicklung geworden - und zwar vor allem mit dem Abklingen der Studentenrevolte von 1968. Das war die wirkliche Bedeutung dieser Bewegung gewesen: Sie pazifizierte nach links, integrierte linke Überzeugungen,⁹ nachdem die extrem rechten Überzeugungen mit dem Fall der nationalsozialistischen Diktatur desavouiert, wenn auch noch nicht völlig überwunden worden waren. Bürgerliche Gesellschaft, das meint neben vielem anderen Grundrechtskatalog, Rechts- und Verfassungsstaat, Selbstorganisation, offene politische Meinungs- und Entscheidungsbildung, repräsentative Delegation und demokratische Kultur. Nicht in allem hat das im Zielkatalog der historischen Arbeiterbewegungen gelegen, darauf komme ich zurück. Man kann jedoch, gegen diese These ist starker Widerspruch zu erwarten, die Vorgänge von 1990 als eine beeindruckende Bestätigung des westlichen Modernisierungspfades hin zur Bürgergesellschaft interpretieren.¹⁰ Geht man, im Blick auf die Existenzbedingungen der Arbeiterbewegungen, von einer - ganz gewiß allzu stark vergrößernden, auf die Auslauf-Epoche der feudalen Gesellschaftsordnungen und Herrschaftsformen bezogenen - Dreiteilung¹¹ des europäischen Staatsgefüges in westlich-demokratische, konstitutionelle bzw. semi-autoritäre und autokratische Nationen aus, so zeichnen sich drei unterschiedliche Interpretationsformate ab. Es braucht nicht eigens betont zu werden, daß dies hier nur holzschnittartig, ohne Befassung mit den zahllosen Modifikationen, erfolgen kann:

Die westliche Sozial- und Verfassungsnorm, zu finden in England und den skandinavischen Staaten, überwiegend in Frankreich, in Belgien und in Holland, dann vor allem in der

⁸ Der Begriff sei als Chiffre verstanden. Die gerade von der jüngeren Forschung gezeigte Vielgestalt der Gesellschaftsordnungen und Herrschaftsformen im „europäischen Feudalismus“ würde an sich mindestens den Gebrauch des Plurals verlangen.

⁹ Gewiß war die Studentenbewegung anti-bürgerlich, -kapitalistisch und -autoritär, und sie bekämpfte, beispielsweise, das bürgerliche Familienbild; insofern darf man sie nicht zu einem Protagonisten der bürgerlichen Gesellschaft stilisieren. Indem jedoch mittelfristig ihre Integration gelang, symbolisierte sich an ihr der Prozeß der inneren Demokratiegewinnung. Das kontrastiert klar zur gescheiterten inneren Reichsgründung in den 1870er Jahren und danach.

¹⁰ Vgl. Klaus Tenfelde, 1914 bis 1990 - Einheit der Epoche, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 40/91, 27.9.1991, S. 3-11, sowie ders., Stadt und Bürgertum im 20. Jahrhundert, in: K. T./Hans-Ulrich Wehler (Hg.), Wege zur Geschichte des Bürgertums, Göttingen 1994, S. 317-353, u. a. mit Hinweisen auf die seit 1990 rasch anschwellende Debatte über die „Bürgergesellschaft“.

¹¹ Diese Sichtweise ist, oftmals „subkutan“ und in beiläufigen Formulierungen, durchaus verbreitet; entsprechende Typisierungsversuche sind auch auf die Arbeiterbewegungen, etwa hinsichtlich ihrer syndikalistischen Prägungen, bezogen worden. Vgl. J. Szúcs, Les trois Europes, Paris 1985. Nicht gemeint ist die in den 80ern von Michael Stürmer neubelebte „geostrategische Debatte“ über die Folgen der deutschen „Mittellage“ in Europa, s. u. a. O. Franz (Hg.), Europas Mitte, Göttingen/Zürich 1987.

Schweiz, ließ die Vision des Sozialismus allenfalls auf dem Urgrund der Gewerkschaften entstehen. Diese Vision blieb deshalb schwach ausgeprägt und organisierte sich politisch vergleichsweise spät und auf dem Kontinent vielfach unter dem Eindruck des überragenden Organisationserfolgs der deutschen Sozialdemokratie im Rahmen der II. Internationale. Der interessenpolitische Kampf der Arbeiterbewegungen wurde in diesen Gesellschaften ziemlich früh anerkannt und assimiliert; in diesem Punkt ging Frankreich - anscheinend wegen der dort die bürgerlichen Mittelschichten stark bestimmenden Traditionen - einen eigenen Weg. Die meistens länger schon demokratisierten Verfassungsgefüge, ob auf singulären Rechtsakten beruhend oder im Common law verankert, waren durchgängig (aber sicher mit Rückschlägen) selbst unter den Bedingungen des Umbaus von Wirtschaft und Gesellschaft zur kapitalistischen Produktionsweise imstande, die so entstandenen neuen gesellschaftlichen Kräfte langfristig zu binden, wenn auch sicher nicht ohne scharfe Konflikte. Für den institutionellen Niederschlag der interessenpolitischen Konstellation und ihrer politischen Formierung waren nicht zuletzt die überkommenen und fortentwickelten Wahlrechte entscheidend: In England führt dies, nach dem Chartismus und der Lib-Lab-Phase, zur späten Bildung der Labour Party, die dann allerdings wegen des Wahlrechts durchschlagend die Funktion des Liberalismus im Parteiengefüge übernahm; in den kontinentalen Staaten unter Einschluß der skandinavischen Länder gelangte die politische Bewegung mit ländertypischer Zersplitterungsneigung im wesentlichen seit 1918 zu einer dann die politische Integration vollendenden Regierungsverantwortung.

Die Staaten des „konstitutionellen“, semi-autoritären Sozial- und Verfassungstyps, das waren Deutschland und Österreich, mit wichtigen Modifikationen auch die süd- und südwesteuropäischen Nationen, industrialisierten später, zum Teil sehr spät, und bildeten durchweg einen Mischtyp der politischen Verfassung im Konstitutionalismus aus. Dieser ermöglichte begrenzte politische Partizipation, wirtschaftliche und in hohem Maße auch gesellschaftliche Modernisierung unter Stabilisierung der - aus dem aufgeklärten Absolutismus überkommenen - politischen Eliten und Fortschreibung des autokratischen Habitus in der Politik. Gesellschaftlich führte dies zu merkwürdigen Spannungen: einerseits Agrarzustände mit zögerndem, die agrarischen Eliten fördernden Übergang in die Besitzklassengesellschaft; andererseits industriell induzierte Urbanisierung und die rasche Entfaltung moderner Erwerbsklassen. Die Arbeiterbewegungen dieses Sozial- und Verfassungsmodus sind durch die Herstellung ihrer sozialen Grundbedingungen infolge Industrialisierung ebenso geprägt wie durch die verfassungspolitischen Bedingungen ihrer Existenz in der Gesellschaft. Sie bildeten im allgemeinen ein Übergewicht der politischen Bewegung heraus, der die Gewerkschaften und Genossenschaften in unterschiedlichen Graden und oftmals gar als „Schulen“ zugeordnet wurden; in ihrer prekären verfassungspolitischen Existenz, die zeitweilig oder gar dauerhaft in ausnahmegesetzlichen Verboten gipfelte, neigten sie zum programmatischen Radikalismus. Ihnen bot sich im Marxismus eine aus ihrer Sicht weitgehend richtige

Deutung ihrer Gegenwart vor allem insofern an, als sie die sie unterdrückende Politik der herrschenden Klassen als merkwürdige, an sich atypische Fusion von Kapitalinteressen und alten Herrschaftseliten wahrnehmen konnten. In ihren Verfolgungssituationen entwickelten diese Sozialdemokratien heroische Zeitalter und deshalb hohe historische und moralische Dignität. Sie zogen in hohem Maße die Loyalität der Massen, denen anderwärts gesellschaftliche Integration versagt wurde, auf sich. Die gesellschaftlich produzierten Klassengegensätze überwölbten sich in den konstitutionell verfaßten Staatsgebilden durch klassenbezogene Politik; die Gräben in den Gesellschaften wurden auf diese Weise vertieft und institutionell zementiert. Man kann dies an der besonderen Neigung dieser Gesellschaften zu einer generationenübergreifenden proletarischen Milieubildung erkennen.¹² Evolutionäre Reformen fanden statt, aber diese Reformkräfte schreckten, das war entscheidend, vor der Demokratisierung der politischen Systeme zurück. Soweit nachfolgende Revolutionsversuche unter den Bedingungen verlorener Kriege und wirtschaftlicher Zerrüttungen stattfinden mußten, blieben sie unvollendet und führten durchweg zur terroristischen Variante von politischer Autorität im Faschismus.

Der osteuropäische Sozial- und Verfassungstyp der Autokratie erzwang hingegen ganz andere Übergänge, in denen sich Rußlands Weg hin zur stalinistischen Entwicklungsdiktatur unter dem weltumspannenden Anspruch der Partei als der führenden politischen Kraft als zwingend dominant erwies. Hier waren stets schon die Kräfte der bürgerlichen Gesellschaft ganz schwach ausgeprägt gewesen, Grundrechts- und Demokratiegestaltungsdebatten wurden unter Verfolgungsdruck in isolierten Gemeinschaften geführt, und es gab kaum Verfassungstraditionen im westlichen Sinn. Der Übergang zur Demokratie mußte sich sehr spät unter ganz andersartigen Bedingungen vollziehen. Zu ihnen gehörte übrigens die seit 1989 immerhin weitgehend friedlich vollzogene Selbstverringering der politischen Arbeiterbewegung.

Im konstitutionellen Sozial- und Verfassungstyp entfaltete sich, blickt man auf das 20. Jahrhundert, auf diese Weise eine prekäre Balance von Freiheit und Sozialismus. Die deutsche Arbeiterbewegung hat keine starke Menschenrechtstradition entfaltet, anders vielmehr, sie hat diese Tradition, wo sie sie im Vormärz und in den Jahrzehnten bis in die 1870er Jahre wegen ihrer bürgerlichen Verwandtschaft deutlich aufwies, durch die Selbstausslieferung an die eine beherrschende Programmvariante weitgehend zurückgedrängt. Marx hat die Menschenrechte frühzeitig unter Ideologieverdacht gestellt, hat sie zu Instrumenten der herrschenden Klassen denaturiert. Freiheit konnte so auf Organisationsfreiheit, Vereins- und

¹² Vgl. Klaus Tenfelde, Historische Milieus - Erblichkeit und Konkurrenz, in: Manfred Hettling/Paul Nolte (Hg.), Nation und Gesellschaft in Deutschland. Historische Essays, München 1996 (=FS für Hans-Ulrich Wehler), S. 247-268, über die besondere Bedeutung der großen - sozialdemokratischen und katholischen - Milieus in der deutschen Sozialgeschichte.

Koalitionsrecht, zur Existenzerhaltung der Arbeiterbewegung reduziert werden.¹³ Vor allem die individuellen Freiheitsrechte blieben vernachlässigt, betont wurden kollektive und soziale Rechte. Der umfassende vor- und überstaatliche Menschenrechtskanon blieb, wenn nicht undiskutiert, so doch viel zu wenig diskutiert. Das alles heißt jedoch nicht, daß sich die deutsche sozialdemokratische Arbeiterbewegung nicht zu den Grundsätzen des Rechtsstaats bekannt und an dessen Fortentwicklung mitgewirkt hätte. Ihr maßgeblicher Beitrag lag dabei in der Verrechtlichung der Arbeitsbeziehungen und in der Etablierung von Einrichtungen der Konfliktregelung. Gerade in der Frühzeit übernahm sie viel Gedankengut des bürgerlichen Frühliberalismus und erhielt ihn lebendig, als der Linksliberalismus nach der Reichsgründung wegbrach. 1918/19 bekannte sie sich sehr eindeutig, aber eben auch unter dem Druck der Spaltung, zum repräsentativen Parlamentarismus. Auch spiegelte der Verzicht auf einen umfassenderen, axiomatisch gedachten Menschen-, Bürger- oder Grundrechtskanon durchaus die Ideenfelder und den Habitus der allgemeinen rechtspolitischen Entwicklung in Deutschland und ihrer Protagonisten, die unter dem Einfluß von Kant und der Historischen Rechtsschule bewußt auf die größtenteils im Naturrecht verankerten, ehemals auch in Deutschland verbreiteten, westlichen Denktraditionen verzichteten. Die Bürgerrechte der Bundesstaaten, die gezielt nicht in die Reichsverfassung von 1871 übernommen wurden, waren nicht unmittelbar geltendes Recht, so daß das Reich damit nicht befaßt wurde und in den Staaten die Verwaltungsgerichtsbarkeit, für sich ein bemerkenswertes Produkt deutscher Rechtsstaatlichkeit, die Rechtsprechung darüber dominierte.

Auch hier war also die Arbeiterbewegung ein Kind der Gesellschaft, die sie umschloß. Die organisatorische Formation der deutschen Arbeiterbewegung war vom Obrigkeitsstaat mitgegossen worden und ließ sich deshalb seit 1918 schwer anpassen. Selbst auf dem Feld der sozialen und politischen Ideen, deren Geschichte stärker unter diesem Einfluß betont und „gelesen“ werden sollte, wirkte der Obrigkeitsstaat indirekt, aber nachhaltig, indem er, wie angedeutet, den ursprünglichen Reichtum - manche sprechen vom Eklektizismus - begrenzte und die probate ideologische Antwort, den Marxismus, provozierte. Wer Marginalisierung sät, erntet verbale Radikalisierung. Ganze Generationen waren in solchem sozialdemokratischen Milieu sozialisiert worden, und dieses Milieu war organisatorisch durchtränkt worden, was seinen Zusammenhalt stärkte und erblich werdende Wertorientierungen festzimmerte. Was aber vor 1914 nützlich gewesen war, das hinderte seit 1918 im Prinzip und schränkte die Mehrheitsfähigkeit der Sozialdemokratie ein.

¹³ Vgl. die Beiträge zum Kolloquium für Hans Mommsen in diesem Heft der Mitteilungen, zumal den Kurzbeitrag von Gerhard A. Ritter über den, wie es scheint, in diesem Punkt wiederum ganz singulären Bebel; Klaus Tenfelde, Menschenrechte in Deutschland bis zum Ende der Monarchien 1918, in: Franz-Josef Hutten/Carsten Tessmer (Hg.), Menschenrechte in Deutschland. Geschichte und Gegenwart, München 1997, im Druck.

Eine solche Sozialisationsgeschichte der Sozialdemokraten nach Generationen ist in jüngeren Untersuchungen, darunter der Überblicksdarstellung von Detlev Lehnert,¹⁴ immer stärker betont worden. Franz Walter hat die wichtige Rolle der Arbeiterkulturbewegung in den 1920er Jahren sehr unterstrichen.¹⁵ Eine demokratisch sozialisierte Generation, für die parteipolitische Orientierungen lebenslang Wahlmöglichkeiten, nicht milieuverbundener Zwang, geblieben wären, war eben unter den klassendurchfurchten Sozialisationsbedingungen des Kaiserreichs nicht entstanden, und die begrenzte zeitliche Erstreckung der Zwischenkriegsjahre hätte einer solchen Generation kaum Entfaltung erlaubt, von den politischen und wirtschaftlichen Turbulenzen dieser Zeit zu schweigen. In Deutschland gelang erst unter dem Dach der Alliierten die Sozialisation mindestens zweier demokratischer Generationen, und zwar ohne die erwähnten Turbulenzen. Deshalb wurde 1968 das Symboljahr des Verfassungskonsenses.

Der langwierige Ausgang aus dem gemeineuropäischen Feudalismus erklärt im deutschen Fall sehr viel. Gewiß, diese Interpretation rückt das Kaiserreich einmal mehr auf die Anklagebank, obwohl die jüngere Forschung immer stärker die Fülle der konkurrierenden Ideen, Strömungen und Kräfte selbst im spätwilhelminischen Reich betont hat. Darüber hinaus werden die inneren Kräftekonstellationen der Arbeiterbewegungen zwischen Klassen, Milieus und Organisationen angemessener gedeutet. Vieles von dem imposanten Organisationserfolg der großen deutschen Sozialdemokratie wurde ihr durch den Obrigkeitsstaat und die durch ihn geschaffene und - um einen sehr hohen Preis - erhaltene gesellschaftliche Verfassung beschert. Die ungute Paarung von organisatorischer Macht und politischer Ohnmacht, von Jean Jaurès nach der Jahrhundertwende so überzeugend beklagt, oder in anderen Worten: „negative Integration und revolutionärer Attentismus“ (Dieter Groh¹⁶), all dies deutet sich als eine durch das politische System bedingte Kräfteverzerrung auf dem Weg zur zivilgesellschaftlichen Machtbalance. Die erbitternde Bedeutung der Flügelbildung im Wettstreit der ideologischen Varianten erschließt sich auf neue Weise: Von ihren Anfängen hatte sich die deutsche Arbeiterbewegung, wie Shlomo Na’aman¹⁷ betont hat, doppeltepolig konstituiert, hatte die Möglichkeit von proletarischem Radikalismus und Reformismus aufgewiesen. Was an sich nicht zueinander gehörte, schmiedete der Obrigkeitsstaat gewalthaft

¹⁴ Sozialdemokratie zwischen Protestbewegung und Regierungspartei 1848 bis 1983, Frankfurt a. M. 1983, S. 149f.; s. auch u. a. Klaus Schönhoven, Die deutschen Gewerkschaften, Frankfurt a. M. 1987, S. 146f.

¹⁵ Vgl. u. a. Peter Lösche/Franz Walter, Zur Organisationskultur der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik. Niedergang der Klassenkultur oder solidarischgemeinschaftlicher Höhepunkt?, in: Geschichte und Gesellschaft 15 (1989), S. 511-536; dies., Die SPD: Klassenpartei - Volkspartei - Quotenpartei. Zur Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie von Weimar bis zur deutschen Vereinigung, Darmstadt 1992; zu weiteren Schriften im Umfeld der Kontroverse um die Rolle der Arbeiterkulturbewegung nach 1918 s. Tenfelde, Historische Milieus, S. 267 Anm. 22.

¹⁶ Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges, 2. Aufl. Frankfurt a. M. etc. 1975.

¹⁷ Demokratische und soziale Impulse in der Frühgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung der Jahre 1862/64, Wiesbaden 1969.

zusammen. Statt einer politischen Marginalisierung der radikalen Variante der Arbeiterbewegung marginalisierte der Obrigkeitsstaat, ganz anders als in England, die gesamte Arbeiterbewegung und überließ sie deshalb dem selbstgebräuten ideologischen Radikalismus. In dem Augenblick, in dem sich der Staatsdruck milderte, in dem sich politische Partizipationschancen auftaten, brach die Flügelbildung, gewiß unter den Bedingungen des Weltkriegs, auf zur Spaltung. Nur dem Obrigkeitsstaat und den erfolgreichen russischen Revolutionen war anzulasten, daß die radikale Variante in der Zwischenkriegszeit, und zwar besonders unter wirtschaftlichen Krisenbedingungen, hohe Resonanz erzielte und Gestaltungsdruck ausübte. Es war auch der Obrigkeitsstaat gewesen, der das Milieu der Arbeiter und ihre soziale Bewegung so fest verschmiedet hatte, daß die Sozialdemokratie unter ganz erhebliche innere Legitimitationskämpfe geriet, sobald sie sich, als mitregierende Partei seit 1918 politisch handelnd, notwendig von der Loyalität ihrer Wähler- und Mitgliederpotentiale lösen mußte. Man braucht, unbeschadet des hier entscheidenden gewerkschaftlichen Einflusses, nur an den Rückzug aus der großen Koalition wegen der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zu erinnern. Der Konstitutionalismus stärkte insgesamt auf politischem Weg die klassenkonstituierenden Kräfte der Gesellschaft und versetzte die Klassen in einen demokratisch nicht versöhnbaren Gegensatz. Er wurde in dem Augenblick auch zur sozialen Verfassung, in dem sich die proletarische von der bürgerlichen Demokratie trennte - ein fataler Vorgang, dessen frühe Erkenntnis wir Gustav Mayer¹⁸ verdanken.

Im Lichte dieser Interpretation besteht Veranlassung, eine etwas skeptischere Haltung gegenüber den oft gefeierten freiheitlichen und demokratischen Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung an den Tag zu legen. Gemeint gewesen waren vor allem die Freiheit vom Obrigkeitsstaat, das war aber schon sehr, sehr viel, und daneben die chimärische Freiheit einer neuen, mutmaßlich bald herrschenden Klasse anstelle der alten, abgelebten Klassen; gemeint war nicht oder nicht so sehr die Herstellung der Freiheit der Individuen und die freiheitssichernde Rolle der gesellschaftlichen Institutionen.

Eine solche Interpretation betont stärker die politischen Systembedingungen für das Befinden, die Rolle und die Handlungsfähigkeit der politischen Arbeiterbewegung. Die Prozesse einer sich stets erneuernden sozialen Konstituierung bleiben aber relevant und ziehen Deutungsbedarf auf sich.

III. Die Zäsuren des 20. Jahrhunderts

Im ganzen gesehen, haben die zwei Jahrhunderte der deutschen Überwindung des gemeineuropäischen Feudalismus, von der Französischen Revolution bis zur russisch-deutschen Revolution von 1990, in hohem Maße eine besondere deutsche Arbeiterbewegung hervorge-

¹⁸Die Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie in Deutschland, 1863-1870, (zuerst 1912), in: ders., Radikalismus, Sozialismus und bürgerliche Demokratie, hg. v. Hans-Ulrich Wehler, Frankfurt a. M. 1969, S. 108-194.

bracht, deren zeitweilige organisatorische Stärke, politisch war sie eigentlich nur selten besonders einflußreich, letztlich transitorischer Art war. Als wichtigste Arbeiterbewegung in der Mitte Europas strahlte die deutsche Arbeiterbewegung vor allem in der Zeit der II. Internationale kräftig auf Europa aus. Gerade dieser Umstand scheint noch heute dem Interpretationsformat der deutschen Arbeiterbewegung Leitfunktionen zuzuweisen, aber eigentlich führte der deutsche Einfluß zumal in den kleineren Staaten Europas oftmals zu „Verunreinigungen“ innerhalb der dort meist sich entwickelnden westlichen Verfassungsnorm. In den Niederlanden, wo die Zeichen seit 1848 auf politische Integration standen, wurden dennoch die deutschen organisatorischen Vorbilder adaptiert, einschließlich des marxistischen Einflusses, Finnland wäre ein anderes Beispiel, von Österreich zu schweigen. Die Schweiz zeigt, wie stark autochthone Regulierungs- und Integrationspotentiale langetablierter Bürgergesellschaften die Entwicklung der Arbeiterbewegungen zurückhalten, eindämmen konnten, obwohl auch hier deutscher Einfluß gespürt wurde. Selbst die englischen Sozialdemokraten plagte große Neugierde auf das deutsche organisatorische Vorbild, das ja in der Tat unbeschadet seiner Konstellation wichtige Innovationen aufwies, aber man blieb dennoch seinen eigenen Traditionen treu.¹⁹

Im 20. Jahrhundert ist, immer aus der Sicht von 1990, der Scheinkonflikt der politischen Arbeiterbewegungen mit den überkommenen Herrschaftsträgern bekanntlich zum Weltkonflikt eskaliert. Es bleibe dahingestellt, welche Rolle dies für die Entfaltung der Faschismen und des Nationalsozialismus im besonderen gespielt hat. Indem sich eine radikale Variante von Arbeiterbewegung in totalitärem und terroristischem Habitus zum Welt-Großmachtstatus aufschwang, gewann weltpolitische Bedeutung, was sich als bloßer Integrationskonflikt in der Folge der Industrialisierungen und ihrer sozialen Veränderungsprozesse angebahnt hatte. Die noch weithin fehlende Integrationskraft der semi-autoritären und vor allem der autokratischen Gesellschaften gebar in letzteren gar ein Monstrum von Arbeiterbewegung, das seinerseits nun abstrahlte und neue Formate, die mittel-, süd- und auch westeuropäischen Kommunismen, überprägte. Man kann füglich fragen, was aus der Welt geworden wäre, hätte es die USA nicht gegeben und hätten diese im 20. Jahrhundert nicht ihre „splendid isolation“ überwunden.

Als Kernprozeß in der Entwicklung der politischen Arbeiterbewegungen schälte sich unter dem Eindruck dieses überspannenden Weltkonflikts deren Reduzierung auf die Dimensionen normaler sozialer Bewegungen in Industriegesellschaften nur mühsam heraus. Als soziale und demokratische Emanzipationsbewegung unter den Bedingungen des Obrigkeitsstaats war die deutsche politische Arbeiterbewegung organisatorisch und moralisch stark geworden; als politische Partei unter mehreren im demokratischen Verfassungsstaat gewann sie zunächst einmal nicht Zeit genug, sich von dem sozialisatorischen, organisatorischen,

¹⁹ Vgl. weiter vorn in diesem Bd. den Beitrag von Stefan Berger.

programmatischen und moralischen Ballast der obrigkeitlichen Zeit zu lösen. Der Erste Weltkrieg hat, so gesehen, zweierlei bedeutet: Zum einen das verzweifelte, dann scheiternde Bemühen des Obrigkeitsstaats, den zum Gordischen Knoten geschürzten Demokratiekonflikt im Sinne der Machterhaltung möglichst noch ein Stück weiter zu tragen, das Leiden des Konstitutionalismus noch einmal zu verlängern; zum anderen den Übergang in den bezeichneten Weltkonflikt, der ohne den Krieg, ohne die innerrussischen Verhältnisse nie auf uns gekommen wäre. Die Interferenz der Nationalitätenkämpfe mit den sozialen Emanzipationsprozessen gipfelte im Ersten Weltkrieg; dieser schuf die erst 1990 beendete globale Konfliktlage, bedeutete aber in nationalen Kontexten jeweils ganz Verschiedenes. Genauer besehen, haben die inneren Entwicklungen der kriegführenden Staaten Grundzüge aufgewiesen, die das hier vorgetragene Thesengeflecht bestätigen. Gewiß, zum Burgfrieden fanden beinahe alle, aber es war bezeichnend, daß Sozialisten in England und Frankreich in die Regierungsverantwortung gezogen wurden, während sie in Deutschland und Österreich weit davon entfernt blieben. Ebenso bezeichnend, hielten die englischen und französischen Sozialisten diejenigen Kräfte, die in ihren eigenen Reihen gegen die Kriegspolitik ihrer Regierungen opponierten, eben doch „bei der Stange“, während die deutschen den Spaltpilz gären ließen. In Deutschland spitzten sich, trotz des Burgfriedens, die Klassegegensätze während des Krieges eher noch zu, und was sie vor 1914 politisch überwölbt und verstärkt hatte, das setzte sich nach 1918 in jener vielbeschworenen politischen Fragmentierung, in der mangelnden politischen Kultur der Weimarer Republik fort.²⁰

Wir sollten in der Historiographie zur Arbeiterbewegung im 20. Jahrhundert diese Bezüge nicht aus den Augen verlieren. Sie bilden das äußere Korsett nationaleuropäischer Wege zur Demokratie in den ehemals konstitutionellen Staaten. In dieser, der zweiten Staatengruppe setzte sich die Befreiung vom gesellschaftlichen Habitus und politischen Modus des Feudalismus im Sog des vom Nationalsozialismus verursachten Zweiten Weltkriegs fort. Früher oder später nahmen die westeuropäischen Sozialdemokratien ihr Godesberg (und die kommunistischen Parteien ihren Eurokommunismus); daß diesmal die SPD ziemlich früh dabei war, läßt sich schön zugleich aus ihrer noch den alten Verhältnissen zu dankenden Programmorientierung und aus ihrem Lernen aus der jüngsten deutschen Vergangenheit verstehen. Dagegen hat die Labour Party die letzten Reste ihrer eigenen, freilich überhaupt erst spät gekommenen und niemals zwingenden programmatischen Vereinseitigung eben erst abgestreift. Nachhutgefechte wie der jüngste Streit um die Rolle der Gewerkschaften in der sozialen Marktwirtschaft auf dem Programmkongreß des DGB werden (und sollten) erhalten bleiben.

In einem strikten Sinn sollte der Ausdruck „Arbeiterbewegung“, bezogen auf die Sozialdemokratie, seit 1918/19 nicht verwendet werden; daß er bis nach 1945 Sinn behält, hängt

²⁰ Vgl. u. a. Gerhard A. Ritter, Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Bürgertum in Deutschland, in: Hettling/Nolte, Nation und Gesellschaft, S. 171-191.

eben mit den Kämpfen um die Demokratiegewinnung zusammen. Er ist auch heute nicht sinnlos, wenn man ihn auf diejenigen Prozesse bezieht, mittels derer sich die gewerkschaftlichen und politischen Interessen sozialer Gruppen konstituieren, und zwar derjenigen sozialen Gruppen, die den Arbeitern oder Arbeitnehmern zugerechnet werden können. In der bürgerlichen Gesellschaft sind die Gewerkschaften Adressaten dieser Interessen. Politische Orientierungen jenseits der im Prinzip und in Wirklichkeit zur Reformfähigkeit gelangten oder gezwungenen bürgerlichen Gesellschaften, Dritte Wege, mögen als moderne Chilasmen immer wieder neu gedacht werden, aber sie entbehren jetzt jeglicher Überzeugungskraft.

Ich meine, daß sich vor dem Hintergrund der weltpolitischen Befriedung - was dabei auch die neuen Nationalitätenkonflikte bedeuten mögen -, der Durchsetzung des bürgerlichen Ideals der Gesellschafts- und Politikorganisation, freilich unter sehr maßgeblichen Korrekturen an den ursprünglichen Utopien des späten 18. Jahrhunderts, schließlich des wirtschaftlichen und sozialen Strukturwandels des 20. Jahrhunderts das bisher gewohnte Zäsurendenken auch in der deutschen Geschichte modifizieren muß. Im Abstand der dritten Generation nach dem Nationalsozialismus wird dieser endgültig „historisch“ werden, für Deutsche und Juden stets in anderer Weise, mit Schwarzen Boxen, aber doch durchgreifend. Je größer der zeitliche Abstand wird, desto mehr werden die europäischen Faschismen als Spätfolgen der Verhinderung demokratischer Kulturen, also als Sozialisationsfolgen der Obrigkeitsstaaten zu deuten sein.

Vor dem Hintergrund des Gesagten erscheinen vor allem zwei Interpretationsstränge zur Deutung der Geschichte der Arbeiterbewegung im 20. Jahrhundert wichtig. Erstens: die Beziehungsvielfalten von Individuen, Staat und Gesellschaft unter sozialstaatlichem Gestaltungswillen, zweitens: die anhaltende Rolle der Arbeiterbewegung als soziale Bewegung, auch in der Gegenwart und Zukunft.

IV. Soziale Bewegungen in modernen Industriegesellschaften

Die große Rolle der europäischen Sozialdemokratie hat im 20. Jahrhundert zweifellos in der Beeinflussung und Umgestaltung bürgerlich-liberaler Vorstellungen und Politik-Entwürfe über das Wesen des gesellschaftlichen Zusammenhalts gelegen. Vielleicht ist es diese Rolle der Sozialdemokratien, durch die europäischen Gesellschaften und die US-amerikanischen Verhältnisse am ehesten unterscheidbar werden; vielleicht lag in den langen Krämpfen historischer Gewinn. Unter diesem Einfluß hat jedenfalls der heute gültige, aber stets unvollendet zu denkende Entwurf der Bürgergesellschaft längst eine andere, von den Utopien des späten 18. Jahrhunderts und von den meist im Kommunalen verharrenden Realisierungen des 19. Jahrhunderts gänzlich verschiedene Gestalt angenommen. Die neuen, eine andere Qualität begründenden Elemente sind vor allem durch die den Frühliberalismus hinter sich

lassende Rechtsgleichheit als Bürger unter Einschluß der erst seit den 1960 Jahren durchgesetzten Gleichheit der Geschlechter sowie durch die Sozialbindung des Eigentums, eine große Errungenschaft des Grundgesetzes, bezeichnet. Die Sozialdemokratie bezog und bezieht ihre wesentliche Handlungslegitimation aus der anfänglich offensichtlichen, heute stärker relativierten Minderprivilegierung ihrer Anhängerschaft und starker gesellschaftlicher Gruppen im System der Pfründenverteilung. Ihr Streben nach Gerechtigkeit akzentuiert sich stets sozial. Ihre historische Rolle war und ist in der sozialen Korrekturfunktion der kapitalistischen Produktionsweise gelegen. Diese Korrekturfunktion hat in der kritischen Adaption des bürgerlich-liberalen Gesellschaftsmodells zu entscheidenden Modifikationen der modernen Gesellschaftsverfassung geführt. Die Erinnerung an die historische Rolle der Arbeiterbewegung bei der Ausbildung des Wohlfahrtsstaats bietet heute eine wichtige Legitimation sozialstaatlichen Handelns, und das gilt bis in die CDU hinein. Das Werden des modernen Sozialstaats muß deshalb zu einem beherrschenden Gegenstand der Historiographie über Arbeiterbewegungen im 20. Jahrhundert werden. Dabei muß es auch um die spannende Balance zwischen individuellen Freiheiten und Rechten in den Bürgergesellschaften und potentiellen Freiheitsverlusten durch zentrales, auch soziales Staatshandeln gehen. Es ist wohl so, daß der Abtritt der östlich-kommunistischen Gestaltungsart der Wirtschaft und Gesellschaft von der Weltbühne dem gezähmten Kapitalismus den bedrohlichen Erzfeind auf Dauer in einer Weise genommen hat, die die sozialen Fesseln dieses Kapitalismus wieder zu lockern geeignet ist. Zugleich bedroht die Öffnung der Weltmärkte hin zur generellen Verfügbarkeit billiger Arbeitskräfte die sozialstaatlichen Errungenschaften vor allem der west- und mitteleuropäischen Industriegesellschaften. Die Tradition der Arbeiterbewegung stellt aber ein Bollwerk gegen Sozialabbau bereit.

Ein anderer Hauptzweig der Interpretation muß dem Prozeß der anhaltenden Erneuerung der Arbeitnehmerbewegungen gelten. Nachdem sich die politische Rolle der Arbeiterbewegung am Ende des 20. Jahrhunderts, unter Verlust aller über die Bürgergesellschaft hinausweisenden Utopien, auf die einer politischen Partei unter mehreren konkurrierenden reduziert hat und das kommunistische Monstrum „Arbeiterbewegung“ beinahe beiseite geschafft ist, kann wieder deutlicher werden, daß die kapitalistische Produktionsweise und Gesellschaftsverfassung anhaltend Abhängigkeiten und Minderpositionen hervorbringt, die sich als soziale Bewegungen konstituieren. Recht besehen, ist die Arbeiterbewegung bis heute vor allem dies gewesen: eine soziale Bewegung unter mehreren, freilich eine besonders bedeutende, aus einer Reihe von Bewegungen zusammengesetzt, historisch aber der anderen großen, der bürgerlichen Emanzipationsbewegung folgend. Das ist ein an sich alter, in den Sozialwissenschaften längst wohletablierter Forschungsansatz, auf den sich beispielsweise schon die Gründer des Archivs für Sozialgeschichte in ihrem Editorial von 1961 bezogen haben.²¹ Soziale Bewegungen entstehen in tiefgreifenden sozialstrukturellen Veränderungen und re-

²¹ Archiv für Sozialgeschichte 1 (1961), S. 5-7.

flektieren diese; sie streben nach politischem Einfluß, gewinnen diesen oder verpassen ihn; die anhaltende Entstehung und Erneuerung sozialer Bewegungen ist ein Kennzeichen der modernen Industriegesellschaften. Die Typik dieser Bewegungen zu erfassen, ihre inneren Mechanismen auf ihrem Weg zur Etablierung als politische Kraft, auch zur bürokratischen Oligarchisierung, zu erforschen, gehört zu den reizvollen Aufgaben eines modernisierten Verständnisses der Sozialgeschichte der Arbeiterbewegungen. Dabei erlaubt gerade die Konzentration der Betrachtungsweise auf Typisches den Vergleich und legt ihn auf mehreren Ebenen nahe. Lokale, betriebliche und andere Untersuchungseinheiten kommen in den Blick. Die Sozialgeschichte der Arbeiter bleibt deshalb ein besonderer Schwerpunkt einer sich modernisierenden Arbeiterbewegungs-Historiographie, in allen ihren inzwischen erreichten Spezialisierungen und mit neuem Schwerpunkt auf der Zeit seit dem Zweiten Weltkrieg. Es kann deutlich werden, daß sozialstrukturelle Prozesse sich in sozialen Bewegungen manifestieren können, aber nicht müssen. Die künftige politische Rolle der Sozialdemokratie wird vermutlich noch am stärksten durch ihre hochbedeutsame Funktion als ein Sammelbecken der durch gesellschaftlichen Wandel produzierten, alten und neuen sozialen Bewegungen bestimmt sein; hieraus wird sie ihr Reformpotential zu gewinnen haben.

So wird man nicht umhin können einzugestehen, daß das historische Gestaltungspotential der bürgerlichen Emanzipationsbewegung größer war als das der Arbeiterbewegungen.²² Es formte den Demokratiedanken und die demokratischen Institutionen, es wies Wege staatsbürgerlicher Freiheit, Mitbestimmung und auch Gleichheit. Daß es über viele Jahrzehnte gerade in den konstitutionellen Staaten versagte, sich durch wirtschaftliche und gesellschaftliche Privilegierung, die Erfüllung des nationalen Einheitspostulats (im deutschen Fall von oben), durch kulturelle Anerkennung und die Zufriedenheit auf der Spielwiese der Kommunalpolitik korrumpieren ließ und selbst korrumpierte, steht auf einem anderen Blatt. Die Folgen dieser Korruption hatte es im deutschen 20. Jahrhundert mitzutragen, wie es schon im 19. Jahrhundert durch den anhaltenden Verzicht auf einen großen Teil seiner ursprünglich universalen Freiheitsforderungen die innenpolitische und gesellschaftliche Marginalisierung der Arbeiterschaften und die Stigmatisierung der Arbeiterbewegungen mitverantwortet hatte. So gesehen, hat das Bürgertum die deutsche Arbeiterbewegung größer und wichtiger gemacht, als dies nach einer erfolgreichen Revolution 1848/49 der Fall gewesen wäre.

Es hat dabei aber indirekt mitgeholfen, daß sich der beeindruckende Ideenhorizont der Arbeiterbewegung konstituierte, es hat sich ein zeitweise machtvolles Korrektiv geschaffen, und es hat sich darüber selbst verändert. Seine einstige Vision einer bürgerlichen Gesellschaft wurde modifiziert und die kulturelle Hegemonie des Bürgertums durchbrochen. Der moderne Wohlfahrtsstaat mag reparaturbedürftig sein, aber die durch ihn veränderten

²² Geradezu lakonisch notiert Jürgen Kocka, *The Middle Classes in Europe*, in: *The Journal of Modern History* 67 (1995) S. 783-806, 804: „The middle class proved to be stronger than its opponents. It won.“

Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft erscheinen im Prinzip irreversibel. Dies scheint indessen in erster Linie für die europäischen Gesellschaften zuzutreffen, denn in den USA gab es ja zwar eine starke Gewerkschaftsbewegung, nie jedoch eine wirklich bedeutende Sozialdemokratie.